



## Rolle der Länder in der Atomverwaltung

- **Atomgesetz ist Bundesgesetz**
- **Vollzug des Atomgesetz durch die Länder**  
(„Bundesauftragsverwaltung“) **unter Aufsicht des Bundes**

### § 17 Inhaltliche Beschränkungen, Auflagen, Widerruf, . . .

. . .

(5) Genehmigungen oder allgemeine Zulassungen **sind** außerdem **zu widerrufen**, wenn dies wegen einer erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit erforderlich ist und nicht durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden kann.

### § 18 Entschädigung

(1) Im Falle der Rücknahme oder des Widerrufs einer nach diesem Gesetz oder nach einer auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnung erteilten Genehmigung oder allgemeinen Zulassung muß dem Berechtigten eine angemessene Entschädigung in Geld geleistet werden. Wird die Rücknahme oder der Widerruf von einer Behörde des Bundes ausgesprochen, so ist der Bund, wird die Rücknahme oder der Widerruf von einer Landesbehörde ausgesprochen, so ist das Land, dessen Behörde die Rücknahme oder den Widerruf ausgesprochen hat, zur Leistung der Entschädigung verpflichtet.

## Bund / Länder – Auseinandersetzung

- **„sicherheitsorientierter Vollzug“** (ab 1985 / Hessen / NieSa)
- **Bundesweisungen** (siehe Übersicht auf [www.atommuellreport.de](http://www.atommuellreport.de))

## Veränderter Rechtsrahmen

- **2002:** Verbot des Neubaus
- **2011:** Sofortige (!) Stilllegung von 8 AKWs nach Fukushima

Mit der Stilllegung von 8 AKWs nach Fukushima erkennt der Gesetzgeber an, dass AKWs nicht ansich sicher sind, sondern so gefährlich sein können, dass sie sofort stillgelegt werden müssen. Damit wächst die Bedeutung, dies im Einzelfall zu prüfen und zu entscheiden. Das ist die originäre Aufgabe der Länder, ebenso wie die Durchführung der Stilllegungsverfahren.

Allerdings bleibt die Bundesaufsicht und die Drohung mit Schadensersatz.

## Anti – AKW – Bewegung in den Ländern

### **Traditionelle Stärken:**

- Im atomaren Poker ist der Widerstand vor Ort der Joker
- Sofortige Stilllegung aller Atomanlagen

### **Auseinandersetzung mit Atomaufsicht:**

- In der Regel nur standortbezogen

### **Über/regionale Bündnisse:**

- Bayernallianz
- Südwestinitiativen
- LaKo NRW
- Bündnis gegen Export (Jülich / Ahaus)
- Münsterland
- Regionalkonferenz Grohnde
- Niedersächsisches Standorte-Treffen
- . . . ???

## Erfahrungen: Schleswig-Holstein

### Besonderheiten:

- Brunsbüttel-Urteil
- Rost-Fässer
- Begleitprozeß GKSS/HZG Geesthacht

### Kontakte mit Atomaufsicht:

- Individuell von Standorten
- 2013/4: Mehrere Gesprächstermine in Verbindung mit GRÜNEN Landesgremien

### Bewertung:

- Erfolg Brunsbüttel Castor-Lager
- Erörterungstermin AKW Brunsbüttel abgebrochen mangels Informationen



## Erfahrungen: **Niedersachsen**

### Besonderheiten:

- „Endlager“-Standorte
- ASSE-II-Begleitprozeß (Muster)
- Brennelemente Lingen, Stilllegung Esenshamm, Lingen 1, Klagen: Castor -Lager Esenshamm, AKW Grohnde iV

### Kontakte mit Atomaufsicht:

Individuell von **allen** Standorten, **Seit 2012**: Niedersächsisches Standorte-Treffen, 2 gemeinsame Gespräche mit Atomaufsicht (Minister), Super-Gaul als gem. Logo, gem. Aktionen, vernetztes Vorgehen zwischen Standorten

### Bewertung:

Gelungen, Atompolitik zu einem **landespolitisch** bedeutsamen Thema zu machen, verstärktes „Bemühen“ der

- Atomaufsicht.

... ???



## Erfahrungen: **Nordrhein-Westfalen**

### Besonderheiten:

- „Wir haben ja keine Atomanlagen“ (Kraft)
- AVR (Landesbeteiligung!) / THTR – Abfälle in Ahaus
- Jülich → Export ?
- Unbefristete Urananreicherung (Gronau)  
Zuständigkeit verteilt auf Ministerien

### Kontakte zur Atomaufsicht:

- Standorten haben direkte oder indirekte Kontakte in Landes- und Bundespolitik (z.B. wg. Jülich, z.B. über BUND, Piraten, GRÜNE, Linke)
- ? ? ?

### Bewertung:

- Hohe thematische Wirksamkeit ohne direkten Kontakt (z.B. Rossendorf-Castoren)
- ... ???



## Erfahrungen: **Baden-Württemberg**

### Besonderheiten:

- Kernforschungszentrum Karlsruhe
- Stilllegungsverfahren nach Fukushima
- Info-Kommissionen

Rückbau – Obrigheim, inkl. Klage

### Kontakte mit Atomaufsicht:

Individuell an den Standorten

... ???

### Bewertung:

... ???



# Erfahrungen: Bayern

## Besonderheiten:

- CSU
- Bayern Allianz für Atomausstieg und Klimaschutz, einziges explizit landesweites Bündnis
- Garching - Forschungsreaktor

## Kontakte mit Atomaufsicht:

- ???

Klagen in Vorbereitung:

- Gundremmingen
- Grafenrheinfeld (Castorlager)

## Bewertung:

... ???



## Weitere Länder:

### **Mecklenburg-Vorpommern: Greifswald/Lubmin**

- - Auseinandersetzungen um die Atommülllagerung und
- Sicherheitsanforderungen, Landesregierung contra Bund, eher parlamentarisch, INITIATIVEN?

### **Rheinland-Pfalz**

- Müllheim Kärlich Rückbau - ? Öffentlichkeitsbeteiligung?

### ■ **Bayern, Schleswig-Holstein, Hessen, BaWü**

- Rücktransporte WAA-Atommüll (Stand AG), Einlager-Genehmigungen  
– Nachrüstungen, z.B. Heiße Zelle, Atomtransporte - Strecken



## Zusammenfassung

- Welche Sicherheitsanforderungen an den Betrieb der Rest-AKW's gestellt werden, wie Stilllegungsverfahren gestaltet werden oder welche Konsequenzen aus dem Brunsbüttel-Urteil gezogen werden, entscheidet heute mehr denn je die Atomaufsicht in den Ländern.

*(Dies wird sich nach der Stilllegung ändern und alle Kompetenzen für den Atommüll dann sukzessive vom Bund übernommen)*

- Die Frage ist, ob es sinnvoll und wie es möglich ist, als Anti-AKW-Bewegung auf Landesebene Einfluß zu nehmen und ob dies eine , gemeinsame Handlungsperspektiven in Ländern sein kann.
- Die hier rudimentär dargestellten Umstände und Ansätze in den einzelnen Ländern sind sehr unterschiedlich und es wäre gut, wenn Ihr sie ergänzen und konkretisieren würdet.

